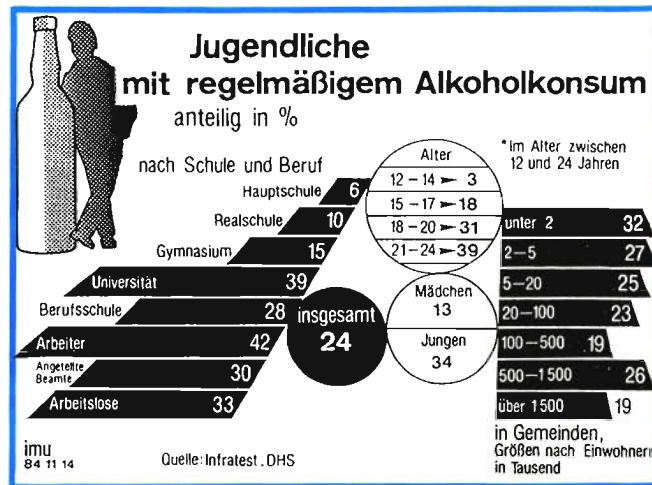


häuser im gesamten Bundesgebiet und in Berlin haben solche Servicezentren errichtet und mit unterschiedlichen Testaufträgen ausgestattet. In erster Linie sollten Vergleichs- und Erfahrungswerte beim Einsatz krankenhauserinterner, zentraler technischer Servicezentren gegenüber externen, lieferanteneigenen Service- und Kundendienstleistungen gesammelt werden. Dies geschah durch Investitionskostenrechnungen, Wirtschaftlichkeitsvergleiche, sicherheitstechnische Beratung und Mitberatung bei Investitionsentscheidungen vor allem bei medizinischen Großgeräten sowie beim Reparaturservice.

Der Erfahrungsbericht veranschlagt die Einsparungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten mit technischen Servicezentren an Krankenhäusern auf maximal 300 Millionen DM, bei realistischen Annahmen auf weniger als 100 Millionen DM jährlich. Das Institut schränkt allerdings ein, daß der tatsächliche Nutzeffekt weitaus geringer ist, denn die Rentabilitätsschwelle beim Einsatz von zentralen Servicezentren liegt bei Krankenhäusern mit 200 bis 600 Planbetten (und diese sind mit 900 Häusern in der Bundesrepublik weitaus in der Minderheit). Dennoch bezeichnet das Bundesministerium für Forschung und Technologie die während der Testphase eingesetzten 28 Millionen DM als „rentable Investition“.

Inzwischen haben verschiedene Zentren angekündigt, auch ohne öffentliche Förderung weiter zu arbeiten. Immerhin hätten sich etwa 78 Prozent der beteiligten Ärzte und 79 Prozent des paramedizinischen Klinikpersonals für die Weiterführung auch nach Beendigung des amtlichen Modellversuchs ausgesprochen. HC



Der Jugendalkoholismus grassiert: Nach Angaben von Infratest und der Hauptstelle gegen die Suchtgefahren zählen 24 Prozent der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland zu den regelmäßigen Trinkern. Damit werden diejenigen bezeichnet, die täglich oder mehrmals wöchentlich ein oder mehrere alkoholische Getränke zu sich nehmen imu/DÄ

Ausland

Steiermark privatisiert die Krankenhäuser

GRAZ. Nach siebzehnstündigen Verhandlungen einigten sich die Parteien im Grazer Landtag: Die Landesregierung wird sämtliche vom Land getragenen Krankenhäuser privatisieren. Betroffen sind 21 Spitäler mit 9000 Betten und 10 000 Bediensteten. Sie werden von einer neu zu gründenden „Steiermärkischen Krankenanstalten-Verwaltungs-GmbH“ übernommen. Vorerst ist das Land Alleingesellschafter der GmbH. Sie wird aber nach privatwirtschaftlichen Methoden betrieben, wovon man eine erhebliche Kostenreduzierung erwartet, nicht zuletzt durch mehr Flexibilität beim Personalwesen. Generaldirektor wird Ulrich Bosch, bisher Verwaltungschef der Krankenanstalten der Stadt Köln.

Ausgerechnet der sozialistische Fraktionssprecher Haidinger verfocht am kon-

sequentesten die privatwirtschaftliche Gestaltung. Dabei berücksichtigte er sicher auch, daß der (partei-)politische Einfluß auf die Personalpolitik in den Krankenhäusern vermindert wird, und den hatte vor allem die in der Steiermark stärkere ÖVP. bt

Gurtpflicht

NEW YORK. Seit Anfang des Jahres gibt es wenigstens in einem Staat der USA Gurtpflicht: im Staat New York. Sie gilt für die Vordersitze von Privatautos. Kinder unter zehn Jahren auf den Hintersitzen müssen ebenfalls angeschnallt sein. Die Buße bei Nichtanlegen beträgt 50 Dollar.

In den anderen US-Staaten ist eine Gurtpflicht noch nicht in Sicht; offenbar warten die Verordnungsgeber ab, wie in New York Gerichtsverfahren gegen diese Bestimmungen ausgehen werden. Auch die Industrie zögert; bisher werden in den US-Autos kaum Automatik-Gurte eingebaut. bt

Zwanzig Prozent mehr für Patientengespräch

BASEL. Im Kanton Basel-Land vergüten die Krankenkassen seit Jahresbeginn das ärztliche Gespräch mit den Patienten mit einem um 20 Prozent erhöhten Honorar; die Gebühren für apparative Leistungen wurden gleichzeitig um 20 Prozent gesenkt. Diese Änderung wird als Modellversuch für zunächst ein Jahr betrachtet. Falls sich nach Ablauf des Jahres die Gesamtsumme der Ärzteneinkommen um mehr als fünf Prozent verschoben hat, sollen diese Gebührenänderungen neu bewertet werden. EB

Tiefflug-Angriffe gegen Jogger

BASEL. Vor einer neuen Gefahr für Jogger haben drei Ärzte des Kantonsspitals Liestal bei Basel gewarnt. Im New England Journal of Medicine berichten sie über zwölf Schweizer Wald-Jogger, die von Vögeln angegriffen wurden und daraufhin ärztlicher Behandlung bedurften – einem Läufer passierte das sogar zweimal. Vier Läufer sprachen von Bussarden, die anderen nur von Raubvögeln.

Regelmäßig erfolgten die „Luftangriffe“, bei denen die Vögel sich von hinten auf die Läufer stürzten, in der Brutzeit zwischen April und Juli, und regelmäßig wiederholten die Vögel ihre Angriffe, wenn das Ziel in Bewegung war; einen stehengebliebenen Jogger griffen sie nicht mehr an. Schwerste Verletzung war ein vierzehn Zentimeter langer Riß in der Kopfhaut. Tollwut ist – jedenfalls in der Schweiz – auszuschließen; sie ist bei Raubvögeln dort nicht bekannt. bt